

Gerhard Tanzer

## Demokratie ist ...! Demokratieverständnis und Demokratiemodelle

Bezug zum Informationssteil

Oliver Rathkolb: Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhundert  
Herbert Dachs: Verschiedene Modelle der Demokratie

Lehrplanbezug

AHS-Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung  
Bildungs- und Lehraufgabe: „Es soll Interesse an Politik und politischer Beteiligung geweckt und die Identifikation mit grundlegenden Werten der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechtsstaates sichergestellt werden.“  
7. Klasse: „emanzipatorische, soziale Bewegungen und Gegenströmungen nach 1945 (/.../ Friedens- und Anti-Atom-Bewegung)“  
8. Klasse: „das politische und rechtliche System Österreichs und der Europäischen Union sowie politische Systeme im internationalen Vergleich (/.../ Demokratiemodelle)“

Lernziele

- ▶ Die SchülerInnen reflektieren ihre eigenen Erwartungen an demokratische Politik und stellen sie zur Diskussion.
- ▶ Sie setzen sich mit verschiedenen Demokratiemodellen auseinander und beurteilen sie im Hinblick auf ihre Demokratiequalität.
- ▶ Sie können demokratische von undemokratischen Strukturen abgrenzen.
- ▶ Sie loten anhand konkreter Beispiele (AKW Zwentendorf, EU-Reformvertrag) die Chancen und Möglichkeiten der Mitbestimmung aus.

Zentrale Fragestellungen

- ▶ Was macht für mich und für andere das Wesen einer Demokratie aus?
- ▶ Auf welche Modelle kann man die Vielfalt demokratischen Handelns reduzieren?
- ▶ Welche Grundmuster politischer Entscheidungsfindung lassen sich dabei beobachten?
- ▶ Welche Chancen und Probleme im Hinblick auf Demokratiequalität sind mit ihnen verbunden?

### Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

In dieser Unterrichtseinheit konfrontieren wir die SchülerInnen mit politischer Theorie. Es geht um eine Reflexion der Ansprüche, die wir an demokratische Praxis stellen, und damit um eine Auseinandersetzung mit den vielen Facetten des Demokratiebegriffs, den PolitikwissenschaftlerInnen immer wieder zu größeren Einheiten zu bündeln versuchten. Eine solche Strukturierung kann auch für die SchülerInnen einen Orientierungsrahmen schaffen, in den sie ihre eigenen Vorstellungen von Demokratie einordnen können. Eine Diskussion der Modelle sollte das Verständnis für unterschiedliche Zugänge zu demokratischer Praxis fördern, aber auch den Blick auf undemokratische Strukturen und Handlungen schärfen. Die angebotenen historischen Stationen lassen erkennen, welches Demokratiemodell jeweils hinter den Handlungen politischer Akteure steht. So lernen die SchülerInnen auch jeweils ein Stück Zeitgeschichte und bekommen einen Einblick in die Mühen des demokratischen Alltags.

Die Unterrichtseinheit bietet genügend Reflexionsmöglichkeit, um zu erkennen, dass von Fall zu Fall sehr genau überlegt werden muss, wer wie am Entscheidungsprozess mitwirken soll. Damit gelangen die SchülerInnen in ihrem Demokratieverständnis über die Grenze „polis-orientierter“ Modelle, in der die sozialen AkteurInnen miteinander über persönliche Beziehungen verbunden sind (eine Übung dazu bietet der Unterrichtsvorschlag von Elfriede Windischbauer, S. 58 idB), hinaus und durchdenken die Möglichkeiten demokratischer Beteiligung unter den Bedingungen komplexer Gesellschaften. (Siehe dazu Breit/Eckensberger, Demokratieerziehung 2004)

## EINSTIEGSMÖGLICHKEITEN

E<sub>1</sub>**Eine Frage der Definition**

Einzelarbeit

Die Lerneinheit beginnt mit einer fünfminütigen Reflexionsphase: Die SchülerInnen werden gebeten, in ein bis zwei Sätzen ihre Vorstellungen von Demokratie zu formulieren. Anschließend erhalten sie das Arbeitsblatt M<sub>1</sub> (siehe S. 4 idB), das es ihnen ermöglicht, ihre Definition mit der von anderen SchülerInnen (die bei einem Filmprojekt 2005 dazu Statements abgaben) zu vergleichen. Die SchülerInnen wählen dann die ihrer Meinung nach besten aus, wobei auch die eigene Definition dabei sein kann, sodass die vorgegebene Liste in M<sub>1</sub> um zusätzliche Definitionen ergänzt werden kann.

E<sub>2</sub>**„Demokratie ist ...“**

Einzelarbeit

Die SchülerInnen sehen sich den Film „Demokratie ist ...“ an (zu bestellen beim Medienservice, Reg. Nr. 12251 bzw. online abrufbar auf [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Rubrik Wissen → Videos → Titel von A bis Z) und notieren anschließend ihre eigene Antwort auf die Frage „Was ist Demokratie“; dabei sollte man zwischen einer idealen und der bestehenden Form unterscheiden. Anschließend werden Definitionen an der Tafel gesammelt, noch ohne sie zu bewerten.

## ARBEITSAUFGABEN

A<sub>1</sub>**Drei Demokratiemodelle**Gruppenarbeit  
Präsentation

Die SchülerInnen beschäftigen sich arbeitsteilig in Gruppen mit jeweils einem Demokratie-modell anhand des Artikels über Demokratiemodelle von Herbert Dachs (S. 22 idB). Dann betrachten sie die Fotos aus M<sub>2</sub> und überlegen, welches Bild am ehesten dazu passt. Die Bilder wurden so ausgewählt, dass sie einem der Demokratiemodelle zuzuordnen sind (Abb. 1: pluralistisch-repräsentative Demokratie, Abb. 2: direkte Demokratie, Abb. 3: partizipatorische Demokratie).

Allerdings haben die Fotos durchaus ihr Eigenleben und können nicht 1:1 mit einem Modell in Verbindung gebracht werden, weil sie ja nur Augenblicke einer komplexen historischen Realität festhalten. Diese Mehrdeutigkeit sollte auch in der anschließenden Gruppenpräsentation der Ergebnisse im Plenum festgehalten werden.

A<sub>2</sub>**„Für mich bedeutet Demokratie ...“**

Einzelarbeit

In dem eigens für die Konferenz „Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich“ erstellten Film „Demokratie ist ...“ erklären SchülerInnen aus Wien, Niederösterreich und Oberösterreich, was sie unter Demokratie verstehen. Die SchülerInnen sollen von den unter M<sub>1</sub> aufgelisteten Definitionen jene ankreuzen, mit denen sie am ehesten einverstanden sind, oder eine eigene Definition hinzufügen.

Auf [www.entscheidend-bist-du.at](http://www.entscheidend-bist-du.at) können sie via Textblog über ihre Definitionen zur Frage „Demokratie ist ...“ mit jungen Menschen in ganz Österreich diskutieren.

A<sub>3</sub>**Demokratie in Bewegung**

Gruppenbildung

Nun bearbeiten die SchülerInnen arbeitsteilig in Gruppen drei historische Stationen, in welchen das vorherrschende Demokratiemodell in Frage gestellt wurde – mit höchst unterschiedlichen Konsequenzen.

**Gruppe 1:** Von der Protestbewegung zur Volksabstimmung (AKW Zwentendorf). Das ist eine Gelegenheit, diesem Ereignis die ihm gebührende zeitgeschichtliche Beachtung im Unterricht zu schenken, wenn man Herbert Gottweis folgt, der in der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf einen „massenmobilisierenden Schlüsselkonflikt von überregionaler,

nationaler Bedeutung“ sieht: nämlich für die „Herausbildung einer ausdifferenzierten Szene neuer sozialer Bewegungen“, vergleichbar mit der StudentInnenbewegung in der BRD. Die Initiative Österreichischer AtomkraftwerksgegnerInnen (ÖIAG) „wurde zu einem ersten Experimentierfeld basisdemokratischer Ansprüche.“ (Gottweis, Zwentendorf, 1998)

**Gruppe 2:** Von der Protestbewegung zu Institutionalisierung, Parteigründung und Eintritt in die pluralistisch-repräsentative Demokratie, also von der Formierung → zivilgesellschaftlicher Gruppierungen anlässlich der Besetzung der Stopfenreuther Au bei Hainburg 1984 bis hin zur Fokussierung der Interessen entlang ökologischer Fragen und zu Kandidatur und Einzug verschiedener Gruppierungen als „Grüne Alternative-Liste/Freda Meissner-Blau“ ins Parlament 1986.

**Gruppe 3:** Der Versuch 2008, eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag zu erreichen.

Dafür müssen Hintergrundinformationen angeboten werden. Idealerweise können das jeweils ein bis zwei SchülerInnen übernehmen, die in den Gruppen die „ExpertInnen“ sind und bei der Gruppenpräsentation die jeweilige historische Situation skizzieren (Links dazu unter M<sub>3</sub>).

Die übrigen Mitglieder der Gruppe bearbeiten die Quellen M<sub>3</sub> (Gruppe 1), M<sub>4</sub> (Gruppe 2) und M<sub>5</sub> bis M<sub>7</sub> (Gruppe 3), die für die jeweils unterschiedlichen Demokratiemodelle und Entscheidungsmuster, die diese drei historischen Situationen geprägt haben, stehen.

A<sub>4</sub>

Einzelarbeit

#### Leserbriefe

Mit der abschließenden Aufgabe, die auch einige Zeit nach der Unterrichtseinheit gestellt werden kann, sollten die SchülerInnen in der Lage sein, ihre erworbenen Kompetenzen in der Beurteilung der Demokratiequalität zu beweisen, indem sie einen Leserbrief zum Thema verfassen. Als Vorbereitung dazu empfiehlt sich die Lektüre der Leserbriefseiten in österreichischen Zeitungen beziehungsweise Postings in deren Online-Ausgaben, wo anhand tagespolitisch aktueller Debatten das demokratische System oft kontrovers diskutiert wird. Die SchülerInnen schalten sich damit in eine politische Diskussion ein, die wohl noch lange nicht zu Ende ist und unter verschiedenen Vorzeichen häufig wiederkehren wird.

#### Gerhard Tanzer, Mag. Dr.

*Studium der Geschichte und Deutschen Philologie, Lehrer am Schulzentrum Ungargasse.  
Publikationen: „Spectacle müssen seyn. Die Freizeit der Wiener im 18. Jahrhundert“, Zeitschriftenbeiträge zu historischen und pädagogischen Themen.*

#### Literatur

Breit, Heiko/Eckensberger, Lutz H.: Demokratieerziehung zwischen Polis und Staat, in: dipf informiert, Nr. 6, Juni 2004, S. 6–11, im Internet zu finden unter der Adresse [http://www.dipf.de/publikationen/dipf\\_informiert\\_nr6.pdf](http://www.dipf.de/publikationen/dipf_informiert_nr6.pdf) (13.2.2008)

Ogris, Günther: Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zur Demokratie, in: Delpo, Manuela/Haller, Birgitt (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieverständnis. Wien 2001, S. 167–202.

Gottweis, Herbert: Zwentendorf und die Folgen, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte. Innsbruck–Wien 1998, S. 165.

**M<sub>2</sub> Overhead-Folie: Verschiedene Formen der Demokratie**

Die Bilder wurden so ausgewählt, dass sie einem Demokratiemodell zuordenbar sind.



Abb. 1: Eine Plenarsitzung des österreichischen Nationalrats



Abb. 2: Demonstration gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf, 27. Juli 1977.



Abb. 3: BürgerInnen während einer Diskussion zum Thema „Integration, Frauenfragen und KonsumentInnenschutz“ im Rahmen einer Veranstaltung des Vereins „Lokale Agenda 21“ in Wien, 16.05.2007.

Quelle Abb. 1: Parlamentsdirektion Wien (Hrsg.): Das österreichische Parlament. The Austrian Parliament. Wien 2006, S. 75.

Quelle Abb. 2: Votava

Quelle Abb. 3: Verein LA 21 Wien, Petra Barfels

Welches Geschehen ist abgebildet, welche Personen sind aktiv bzw. passiv involviert, welche Aussage vermittelt das Bild?

**Kreisky: Letzte Entscheidung über Atomstrom beim Parlament: „Aber Regierung muss wissen, was sie will“**

Zusammenfassung Wien, 17.5. (apa) – Die Diskussion über Atomstrom in Österreich setzte sich auch heute fort und nahm weiter an Intensität zu. So standen die Erklärungen des Bundeskanzlers im Pressefoyer nach dem Ministerrat praktisch ausschließlich im Zeichen dieses Problems. Weiters nahmen heute auch ÖVP-Obmann Dr. Josef Taus, der Wiener Bürgermeister Leopold Gratz sowie die Zentralsekretäre der beiden großen Parteien, Fritz Marsch und Dr. Sixtus Lanner, Stellung. Kreisky erklärte im Pressefoyer, für ihn sei die Endlagerung des Atommülls die entscheidende Frage. Bei der Klausurtagung am 6. Juni (1977, Anm. d. Red.) in Schloss Hernstein würden nicht nur vier Wissenschaftler gehört werden, sondern die Regierung werde auch Persönlichkeiten zuziehen, die so konträre Standpunkte beziehen wie Gratz und ÖGB-Präsident Anton Benya. Die Entscheidung über den Bericht an das Parlament werde aber in dieser Klausurtagung noch nicht fallen. Für die Regierung seien, was die Inbetriebnahme von Zwentendorf betrifft, drei Alternativen denkbar: „ja“, „nein“ oder ein Aufschieben des Beschlusses. Die endgültige Entscheidung werde das Parlament treffen müssen. Vorher werde sich aber die Regierung darüber klar werden müssen, was sie wolle. Zu dem Vorschlag einer Volksabstimmung äußerte sich der Bundeskanzler eher skeptisch, weil man in einer so schwierigen Frage die Volksvertreter nicht von ihrer Verantwortung entbinden könne. Ebenso lehnte Kreisky den Vorschlag Taus' ab, ein Drei-Parteien-Komitee mit dem Ziel einer gemeinsamen Vorlage zu bilden, weil er es nicht für zweckmäßig halte, die anderen Parteien schon im vorparlamentarischen Raum heranzuziehen.

Meldung vom 17.05.1977, Meldungs-Nr.: AHI0206, Ressort: Innenpolitik (II), Quelle: <http://historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/449135/1> (28.1.2008)

**Volksabstimmung – Atomenergie: Initiative der AKW-Gegner für Termin erst 1979**

Die Volksabstimmung dürfe erst 1979 durchgeführt werden, forderten Sprecher der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner heute, Freitag, bei einer Pressekonferenz. Bis dahin müssten im Gegensatz zu den bisher nach Ansicht der Atomgegner extrem ungleich gewesenen Bedingungen zwischen Befürwortern und Gegnern Letzteren u.a. durch Belangsendungen im TV Informationsmöglichkeiten gegeben werden. Die Abstimmungsfrage müsse konkret zu Zwentendorf gestellt und die Arbeiten dort sofort eingestellt werden. Außerdem kündigte die Initiative für den 28. Juni (1978, Anm. d. Red.) Demonstrationen in Wien und den Bundesländer-Hauptstädten sowie Schwerpunktaktionen im Gebiet des Tullnerfelds für den Monat Juli an.

*SJ begrüßt Abstimmung*

Die Sozialistische Jugend Österreichs begrüßte in einer Presseaussendung die Volksabstimmung. Es gelte nun /.../ der „internationalen Atomlobby“ eine Niederlage zu bereiten /.../. Die SJÖ werde der Bevölkerung die Zusammenhänge zwischen atomarer Aufrüstung, Neutronenbombe und Atomkraftwerken klarmachen.

Meldung vom 23.6.1978, Meldungs-Nr.: AHI0146, Ressort: Innenpolitik (II), Quelle: <http://historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/565748/1> (28.1.2008)

## Arbeitsaufgaben und Fragen zur Textarbeit

- Mit welchen Argumenten begründen die politischen AkteurInnen laut APA-Meldungen ihre Position? Halten Sie diese Argumente für stichhaltig? Welches Demokratiemodell steht jeweils dahinter?
- Versetzen Sie sich in die Situation eines jungen Erwachsenen von 1978: Hätten Sie selbst für eine Volksabstimmung plädiert? Hätten Sie sich an der Abstimmung beteiligt? (Die Beteiligung betrug damals 64,1 Prozent.) Begründen Sie Ihre Entscheidung.

**M<sub>4</sub> Neue Art von Politik notwendig**

„Hainburg hat ein tiefes Dilemma der Repräsentativdemokratie spürbar gemacht: Politiker, die für eine Funktionsperiode von vier Jahren gewählt werden, entscheiden über die Lebensbedingungen von Generationen. Der Kurzrhythmus der Politik führt zum Kurzfristdenken. /.../ Mit den bisherigen Rezepten sind die entscheidenden Fragen von heute und der kommenden Jahre nicht zu lösen: Haben wir noch genug trinkbares Wasser, atembare Luft, fruchtbaren Boden, unzerstörte Landschaft, um unseren Kindern das Überleben zu sichern? Hainburg wurde zum Nährboden einer grünen Partei, welche die politische Landschaft Österreichs zu verändern beginnt: Absolute Mehrheiten für eine Partei sind kaum mehr möglich, es bedarf der Zusammenarbeit.“

Quelle: Meissner-Blau, Freda: Hat Hainburg die Republik verändert? in: Monjencs, Ingrid/Rainer, Herbert (Hrsg.): Hainburg – 5 Jahre danach. Wien 1989, S. 53–59, Onlinequelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissen → Artikel

**M<sub>5</sub> EU-Vertrag: Mehrheit für Volksabstimmung**

WIEN. Eine Mehrheit von 57 Prozent der Österreicher ist für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag. Interessant daran: Ein großer Teil weiß gar nicht, was im EU-Vertrag überhaupt steht. Im Jänner (2008, Anm. d. Red.) soll der EU-Reformvertrag ins Parlament eingebracht und in den kommenden Monaten ratifiziert werden. Den Vorläufer des sogenannten Vertrags von Lissabon, den EU-Verfassungsvertrag, hatte Österreichs Nationalrat bereits 2005 ratifiziert.

Doch nur 36 Prozent der Österreicher befürworten dieses Mal eine Ratifizierung durch das Parlament. 57 Prozent der Bürger fordern hingegen eine Volksabstimmung. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Pikant ist, dass die Österreicher zwar die Abstimmung wünschen, aber vielfach gar nicht wissen, worum es beim Vertrag von Lissabon geht.

39 Prozent der Bürger gaben an, über den EU-Vertrag noch nichts „gelesen oder gehört“ zu haben. Fragt man allerdings Eckpunkte des Vertrags ab, ist die Zustimmung hoch: Eine große Mehrheit ist dafür, dass Vollbeschäftigung ein EU-Ziel ist, dass es weniger EU-Kommissare geben soll oder dass ein Austritt aus der EU künftig möglich wird.

Quelle: OÖ Nachrichten, Montag, 27. Dezember 2008 unter <http://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/628534?PHPSESSID=ba19ed22a66b72a277cbfff364504de5> (28.1.2008)

**M<sub>6</sub> „Politiker fürchten sich vor Volksabstimmung“**

„Wollt ihr Demokratie – ja oder nein?“ – Robert Menasse unterstützt die Plattform „Volxabstimmung“, die ein Referendum über den EU-Reformvertrag fordert.

„Politiker dürfen nicht alleine entscheiden. Das Europäische Projekt kann nicht gelingen, wenn es die Bürgerinnen und Bürger von der Gestaltung ausschließt.“ Der Schriftsteller Robert Menasse fordert eine Volksabstimmung zum EU-Reformvertrag. Er ist „Zugpferd“ und Unterstützer der Plattform „Volxabstimmung“, der dreißig zivilgesellschaftliche Organisationen aus der Friedens-, Antiatom-, globalisierungskritischen, Demokratie-, Bürgerrechts-, Datenschutz- und Gewerkschafts-Bewegung angehören. /.../

Menasse zeigte sich überzeugt, dass die Bürger ihre Meinung kundtun wollen: Die erfahrensten Demokratien in der EU – Großbritannien, Frankreich und die Niederlande – hätten mit ihrem Votum gegen die EU-Verfassung gezeigt, dass sie politisch nicht einverstanden sind. Trotzdem wurde der Vertrag „nur unwesentlich überarbeitet und verbessert“, sagte Menasse.

„Wenn man keine Demokratie will, soll man es aussprechen“, forderte er die Politiker auf, ansonsten müsse man den Bürgern die Frage stellen: „Wollt ihr Demokratie – ja oder nein?“

Quelle: Der Standard, 12. Dezember 2007, 14:45; <http://derstandard.at/?url=/?id=3145917> (28.1.2008)

SP-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und VP-Außenministerin Ursula Plassnik haben /.../ im Nationalrat den EU-Reformvertrag verteidigt, der die gescheiterte EU-Verfassung ersetzt. Gusenbauer sieht in dem teils schwammigen und extrem kompliziert formulierten Vertrag das „Herzstück des Verfassungsvertrages“ erhalten.

Die EU-Kritiker forderte Gusenbauer auf, Alternativen zu nennen. Die EU garantiere Frieden, Stabilität und Sicherheit in einem nie da gewesenen Ausmaß, so Gusenbauer: „Diese Erfolge kann man natürlich versuchen unter den Tisch zu kehren, wenn es einem nicht um die Anliegen der Menschen geht.“ Es gebe zwar eine „berechtigte Skepsis“ vieler Österreicher gegen politische Inhalte in Europa, sagte Gusenbauer, aber: „Die richtige Antwort ist nicht herzuzugehen und gegen Europa zu polemisieren, sondern eine bessere Politik zu machen.“

#### *Reformvertrag: Keine Volksabstimmung*

Eine Volksabstimmung über den Reformvertrag lehnt Gusenbauer ab. Er verwies /.../ darauf, dass schon die (an Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden gescheiterte) EU-Verfassung im Parlament mit 182 von 183 Stimmen ratifiziert worden war. Dies sei ein Auftrag für die Regierung gewesen, möglichst viele Inhalte der Verfassung in den Reformvertrag zu übernehmen, was auch geschehen sei. „Ich bin überzeugt, dass der Reformvertrag von Lissabon dazu führen wird, dass die EU besser funktionieren wird“, versicherte der Kanzler.

#### *Plassnik: Fakten und Gefühl in Einklang bringen*

Plassnik lobte den Wegfall der Vetomöglichkeit der einzelnen Mitgliedsländer in der europäischen Innen- und Justizpolitik sowie die Einführung eines europäischen „Außenministers“, auch wenn er nicht so heißen wird. Sie betonte, dass die Ratifizierung des EU-Reformvertrages in Österreich durch das Parlament erfolgen werde. Aber auch damit habe durch das Parlament „das Volk das letzte Wort“, meinte die Außenministerin. Außerdem bleibe der österreichische Vorschlag einer gesamteuropäischen Volksabstimmung „am Tisch“.

Quelle: Die Presse.com vom 8.11.2007, unter <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/341804/index.do?from=simarchiv> (28.1.2008)

#### Aufgabenstellungen für Einzelarbeit und Diskussion

- 1) Klären Sie vorab die Begriffe „Referendum“ und „zivilgesellschaftliche Organisation“. Danach lesen Sie die Statements zum EU-Reformvertrag (M5 bis M7). Die angegebenen Fragen sollen Sie für sich selbst beantworten und Ihre Entscheidung später im Plenum begründen.
- 2) Wie bewerten Sie die „Pikanterie“, dass viele ÖsterreicherInnen eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag fordern, ohne ihn zu kennen? Wie erklären Sie sich das? Wie bewerten Sie dieses Umfrageergebnis im Hinblick auf die Demokratie Modelle?
- 3) Mit welchen Argumenten begründen die politischen AkteurInnen laut Presse-Meldungen ihre Position? Halten Sie diese Argumente für stichhaltig? Welches Demokratie Modell steht jeweils dahinter?
- 4) Was halten Sie selbst für richtig: Volksabstimmung oder nicht? Begründen Sie Ihren Standpunkt!

**Zu Gruppe 1 und Gruppe 2**

Das Kapitel „1978: Volksabstimmung Zwentendorf“: In: Wendepunkte und Kontinuitäten. Aktualisierte Online-Ausgabe des Sonderbandes der Informationen zur Politischen Bildung auf [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) beinhaltet:

- ▶ Einstiegstext „1978: Volksabstimmung Zwentendorf“
- ▶ Kurzttext „Zwentendorf und die Folgen“ von Herbert Gottweis
- ▶ „Der politische Paradigmenbruch in Österreich“ von David Campbell
- ▶ Zeittafel der Ereignisse
- ▶ Abstimmungsergebnis

*Zwentendorf*

Einen guten Überblick bietet die Seite des Demokratiezentrum unter <http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/zwentendorf.html>

Unter <http://www.oekoweb.at/536> findet man ein Projekt der „oekodatenbank oesterreich“ mit zahlreichen Quellen, die eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichen.

Eine virtuelle „Ausstellung“ in chronologischer Form bietet <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-01.html>.

Weiteres interessantes Bild- und Tonmaterial, darunter einen Kabarett-Beitrag von Lukas Resetarits, findet man unter [http://www.galerien.mediathek.at/Zwentendorf/Zwentendorf\\_1/Zwentendorf\\_2/Seite\\_56\\_56.htm](http://www.galerien.mediathek.at/Zwentendorf/Zwentendorf_1/Zwentendorf_2/Seite_56_56.htm)

*Hainburg*

Grundlegende multimediale Informationen zu den Ereignissen in der Stopfenreuther Au bietet das Demokratiezentrum Wien unter <http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/hainburg.html>

Eine detaillierte Dokumentation gibt es auf der Webseite <http://www.hainburg20.at/default.php?page=home>

**Zu Gruppe 3***EU-Reformvertrag*

Grundlegende Informationen zum EU-Reformvertrag und dessen Entstehungsgeschichte sind auf der Webseite des österreichischen Parlaments zu finden: [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at) → Rubrik Service und Kontakt → Kategorie Bürgerservice → FAQ's: Unter dem Menüpunkt „Europäische Union“.

Auf der Homepage des Parlaments findet sich weiters der gesamte Verhandlungsverlauf samt Stenographischem Protokoll zum EU-Verfassungsvertrag, der in der XXII. Gesetzgebungsperiode unter der Beilagennummer r 417 protokolliert wurde.

Auf [www.hofburg.at](http://www.hofburg.at), der Webseite des Bundespräsidenten, gibt es zwei aktuelle Rechtsgutachten zur Frage, ob der Reformvertrag eine Gesamtänderung der Bundesverfassung darstellt und damit zwingend einer Volksabstimmung zu unterziehen wäre. Eine Gegenposition formuliert ausführlich u.a. die „Plattform für die Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag“ unter <http://www.volxabstimmung.at/>

Weitere Informationen finden sich auf der Seite des Europaparlaments <http://www.europarl.at/europarl/default.pxml?lang=de&kap=1215>